



BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 3. Mai 2008

Stadtallendorf will neue Bordelle verhindern

Betreiber stellen Anfragen zu verschiedenen Gebäuden · Stadtgebiet soll Sperrzone werden

Marburg. Das Regierungspräsidium in Gießen muss entscheiden, ob neue Bordelle in Stadtallendorf grundsätzlich verboten werden können.

*von Michael Rinde
und Anna Ntemiris*

In Stadtallendorf hat es in den vergangenen Wochen gleich mehrere Nachfragen nach Standorten für die Einrichtung eines Bordells gegeben. Dabei hatten die Interessenten Gaststätten und Gewerbeobjekte in der Kernstadt im Blick. Um die Ansiedlung eines weiteren Bordells zu verhindern, will die Stadt jetzt der Sperrgebietsverordnung des Landes beitre-

ten. In Mittelhessen gilt diese Verordnung bisher nur in Gießen und Marburg. Städte mit mehr als 50 000 Einwohner müssen laut dem Regierungspräsidium in Gießen der Verordnung beitreten. Ob sie dabei Zonen einrichten, in denen sie die Prostitution erlauben, liegt in ihrer Entscheidung. Die Stadt Stadtallendorf will keine derartige Toleranzzone schaffen. „Wir hoffen, dass das Regierungspräsidium in Gießen schnell über unseren Antrag entscheidet“, sagt Bürgermeister Manfred Vollmer.

Inge Hauschild-Schön, Vorsitzende der Marburger Bürgerinitiative gegen Bordelle, hat Proteste angekündigt, sollte es in Stadtallendorf tatsächlich zu Bauanträgen kommen.

Mehr im LOKALTEIL